



Bild: ARD

Grundfunk vs. „Altfunk“

AfD für umfassende Rundfunkreform

Anhaltender Dauerärger über das öffentlich-rechtliche Rundfunk-Programm in Deutschland: Unlängst stach ein propagandistischer „Tagesschau“-Beitrag eines Funktionärs der Grünen-Partei zur Klimakrise ins Auge. „Das war wieder einmal zu viel von penetranter Grünlicht-Bestrahlung,“ klagt dazu Joachim Paul, AfD-Landtagsabgeordneter und Medienexperte seiner Partei aus Rheinland-Pfalz. Seinen AfD-Kollegen aus dem Düsseldorfer Landtag, Sven Tritschler, bringen vor allem die einseitig ausgerichteten Talkshows auf die Palme: „Wo die Parteien in keinem Ver-

hältnis zu ihrem Stimmenanteil zu Wort kommen!“ Aber nicht nur seitens der Oppositionspartei hat eine seit Jahren anschwellende Erregungskurve über gravierende Fehlentwicklungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Der Unmut gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird immer größer.

(ÖRR) einen dramatischen Höhepunkt erreicht. Der Unmut formiert sich inzwischen auf breiter Front. Die seit Wochen andauernden Skandalenthüllungen über zwangsfinanzierte Rundfunkan-

stalten haben den ARD-Chef Tom Buhrow offenbar zu einer Flucht nach vorne veranlasst. In einer Rede im renommierten Hamburger Übersee-Club zog er die Notbremse: „Wir müssen die große Reform wagen“, gestand er wortreich und sprach sich für einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ aus. Buhrow: „Es darf keine Tabus und keine Denkverbote geben“.

In der Tat, denn die Einwände gegen den herkömmlichen Rundfunk sind vielfältig: Zu groß, zu teuer, zu verschwenderisch, anfällig für Vetternwirtschaft, überhöhte Gehälter, schlechte Kontrollinstanzen und Dauerverstöße gegen das staatsvertragliche Ausgewogenheitsgebot – eine schier endlose Reihe.

Während die Medienseite der FAZ von einer „Buhrow Bombe“ spricht und zumindest einen – wenn auch späten – Reformwillen des ARD-Gewaltigen erkennen will, winken andere, wie das linksliberale BRD-Urgestein, Gerhard Baum (FDP), ab: „Diese Rede dient der Sache nicht. Sie wirft Fragen auf, gibt aber kaum Antworten,“ so der Alt-Liberale.

Üble ARD-Hetze

Staatsfunk beschimpft Menschen als Ratten

Weil Freiheit der neue Faschismus ist, ist Elon Musk der neue Lieblingsfeind der Linken. Der Milliardär will auf dem Lieblingskommunikationskanal der woken Schickeria auch andere Meinungen als linke zulassen. Das macht ihn zu einer großen Gefahr. Die ARD giftet: „Auf seinem (Musk) ‚Marktplatz‘ sollen offenbar auch rassistische oder verschwörerische Ratten aus ihren Löchern kriechen dürfen. Twitter kann nur relevant bleiben, wenn genau diese Ratten (...) in ihre Löcher zurück geprügelt werden.“ Wer, wie die mit Zwangsgebühren gefütterte ARD, Meinungsfreiheit als Gefahr sieht, Menschen als Ratten bezeichnet und in Gewaltphantasien schwelgt, hat jegliche Legitimität verloren, über andere zu urteilen. Dass diese menschenverachtende und vermutlich auch strafbaren Aussagen keinen Skandal ausgelöst haben, liegt daran, dass diese Haltung fest im linken Mainstream verankert ist.

W. R.



Bild: Twitter

Der AfD-„Grundfunk“

- Die föderale und regionale Struktur soll erhalten bleiben. Die regionalen Rundfunkanstalten sollen jeweils ein Radio- u. ein Fernsehprogramm betreiben, die höchstens für drei Stunden täglich zu einem bundesweiten Programm zusammengeschaltet werden (Network-Prinzip).
- Außerdem soll es jeweils einen deutschlandweiten Radio- bzw. Fernsehsender geben.
- Die Deutsche Welle bleibt als Auslandssender ebenfalls erhalten.
- Die übrigen Fernseh- und Radiosender werden privatisiert bzw. abgewickelt, falls sich kein Käufer findet.
- Sämtliche Programme sollen werbefrei sein und mit einem Gesamthaushaltsvolumen in Höhe von zehn Prozent des ÖRR-Gesamthaushaltes von 2019 auskommen.
- Programme, die sich unter Wirtschafts-Gesichtspunkten problemlos durch private Anbieter realisieren lassen, z. B. Fußballübertragungen und allgemeine Unterhaltungssendungen, sollen ihnen auch überlassen bleiben. ◆

Für die AfD-Politiker Paul und Tritschler wirkt die Buhrow-Rede „wie aus der Zeit gefallen, da die Debatte ja schon seit Jahren tobt“ (Paul). Und Tritschler, zugleich WDR-Rundfunkrat, sagt im ZZ-Gespräch: „Man merkt, wie die Legitimation einer in die Jahre gekommenen Institution massiv bröckelt.“ Der ÖRR in seiner heutigen Ausgestaltung „sei ein Relikt aus den 1950er Jahren mit massiven Reichweitenverlusten, vor allem in der Altersgruppe von 16 bis 35“, betont Paul und ergänzt: „Nur die AfD hat das bisher tieferschürfend thematisiert und eine konkrete Strukturreform mit umsetzbaren Alternativen erarbeitet.“ Herausgekommen ist dabei ein von allen AfD-Landtagsfraktionen verabschiedetes Papier „Grundfunk – Unsere Reform für einen öffentlichen Rundfunk des 21. Jahrhunderts“, das seit 2021 auch als Bestandteil im AfD-Bundesprogramm fungiert. „Wir wollen aus den Zwangsbeiträgen komplett aussteigen, ein erhaltenswerter Grundfunk soll kostenfrei für die Bürger zur Verfügung stehen,“

erläutert Joachim Paul. Die Finanzierung des AfD-Modells soll dann durch eine Kulturumlage erfolgen, die von internationalen Medienkonzernen entrichtet wird, die – wie z. B. Amazon – au-

AFD fordert einen kostenfreien „Grundfunk“ für die deutschen Bürger.

divisionelle Formate anbieten.

Sven Tritschler, auch stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD im NRW-Landtag, der gerade einen Gesetzentwurf „Zur Vermeidung von Gendersprache im WDR“ einbrachte, ist davon überzeugt, dass sich die Zustimmung zum Grundfunk-Konzept seiner Partei in Zukunft bei den Zwangs-Gebührenzählern noch verstärken wird.

Er ist sich mit seinem Mainzer Kollegen Paul darin einig, dass „absehbare Versuche der bisherigen Rundfunk-Prominenz, nur mit ein paar ‚Reförmchen‘ einfach weiterzumachen wie bisher, beim Publikum mit Sicherheit nicht hingenommen würden.“

BERND KALLINA

Nachrufe zu Ehren von **Dietrich Mateschitz** hatten (fast) immer Tiefe und zeugten von Achtung. Nur in der „Kleinen Zeitung“ stand zu „Servus TV“ zu lesen: „Servus TV-Chef F. Wegscheider wurde häufig wegen faktenwidriger Aussagen kritisiert.“ Dem Chef, Hubert Patterer, ist allerdings eine journalistische Glanzleistung von höchster Güte gelungen.

Nix mit Gendern bei der Giorgia Meloni: Sie will mit „il presidente“ angesprochen werden. Mussolini zu Ehren, anlässlich der **100. Wiederkehr des „Marsches auf Rom“**. Eigentlich stark zu hinterfragen! Ein Stiftungspräsident weist die Kritik an „Duces Rhetorik“ zurück. Natürlich gab es miese Rhetorik, aber daran waren die Medien schuld“ ...

„**Extra 3“ auf ONE**, unglaublich: Sie tanzen mit originellen Sketches am politischen Parkett, dabei stolpern alle Interpreten in äußerst krasser, aber professioneller Machart. ◆



Giorgia Meloni: Will als „il presidente“ angesprochen werden